

# Bürgermeister von Arnstadt will keine Bürgerbeteiligung

Ein Bürgermeister, der jede Form der Bürgerbeteiligung ablehnt, sollte sich eine andere Tätigkeit suchen und sein Amt abgeben. Dies trifft auch auf den Bürgermeister der Stadt Arnstadt, Hans-Christian Köllmer (Pro Arnstadt) zu, der nicht nur einen Antrag auf Zulassung eines Bürgerbegehrens zur künftigen Struktur des WAZV Arnstadt ablehnt, sondern jetzt auch gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Rechtsmittel eingelegt hat.

*Ein derart bürgerfeindliches Agieren durch den Arnstädter Bürgermeister ist nicht akzeptabel.*

Die Ablehnung des Bürgerbegehrensantrags durch den Bürgermeister wurde vom Verwaltungsgericht Weimar in allen Punkten für rechtswidrig erklärt. Das Gericht hatte damit den Bürgermeister verpflichtet, das Bürgerbegehren zuzulassen. Dagegen hat nun der Bürgermeister Beschwerde beim Thüringer Oberverwaltungsgericht eingereicht.

Ein derart bürgerfeindliches Agieren durch den Arnstädter Bürgermeister ist nicht akzeptabel. Bürger, die von den

überhöhten Abwassergebühren und -beiträgen des WAZV betroffen sind, müssen auch das Recht auf Mitbestimmung haben.

Wenn der WAZV nun endlich bürgerorientiert arbeitet, wären Überlegungen zur Umstrukturierung nicht notwendig. Hier wäre der Bürgermeister gefordert, aktiv zu werden. Es werden nun wieder Monate vergehen, bis das Oberverwaltungsgericht entscheidet. Gegenwärtig sind keine Gründe erkennbar, weshalb das Oberverwaltungsgericht anders entscheiden sollte als das Verwaltungsgericht. Dem Bürgermeister fällt es schwer, seine jetzige Beschwerde gegenüber dem Gericht zu begründen. Bisher liegt die Begründung noch nicht beim Gericht vor. Dies zeigt, dass der Bürgermeister wohl auf Zeit setzt.

*Mehr Vertrauen zu den Bürgern, dass die beim Bürgerentscheid sehr verantwortungsbewusst entscheiden.*

Die Antragsteller halten aber ihren Begehrensantrag aufrecht. Hier braucht Herr Köllmer nicht zu hoffen, dass den Antragstellern der Atem ausgeht. Herr Köllmer trägt auch die Verantwortung dafür, wenn das Bürgerbegehren und der mögliche Bürgerentscheid letztlich

um Superwahljahr 2009 stattfinden.

Die Antragsteller wollten bewusst das Thema noch in diesem Jahr entscheiden haben, um es nicht im Wahlkampf instrumentalisieren zu lassen. Köllmer sieht das offenbar entgegen seiner ständigen Äußerungen völlig anders.

Der Arnstädter Bürgermeister verstärkt durch seine Blockadehaltung die ohnehin schon sehr hohe Politikverdrossenheit und Desinteresse der Bürger an kommunalen Entscheidungen. Noch hat der Bürgermeister die Möglichkeit, seine Beschwerde zurückzuziehen und das Begehren zuzulassen. Hierzu müsste er aber Vertrauen zu den Bürgern haben, dass die beim Bürgerentscheid sehr verantwortungsbewusst entscheiden. Die Antragsteller des Begehrens und das Bündnis für Gebührengerechtigkeit haben dieses Vertrauen in die Bürger. Daran sollte sich Herr Köllmer ein Beispiel nehmen.

Frank Kuschel Eleonore Mühlbauer  
Hans-Günter Rittermann  
Tel. (für Rückfragen): 0170/47 06 19 8